

# Monatsspiegel

März 2004



Adressaufkleber

# SPD

# Erlangen

## Das Wichtige tun

Diese Forderung unserer Bundespartei regt nicht nur zum Nachdenken an, sondern löst Widerspruch aus. Sie vermittelt den Eindruck, dass die SPD als Partei und Regierungspartei nicht das tun kann, was wir als unsere politischen Ziele erarbeitet haben, die wir für richtig halten, wofür wir von den Wählerinnen und Wählern Vertrauen erwarten dürfen.

Und sie bringt schmerzhaft in Erinnerung den Inhalt, den Umfang und die Art und Weise wie die so genannte Agenda 2010 uns im letzten Jahr beschäftigt hat.

Sie erinnert uns an die innerparteilichen Anstrengungen, die notwendig waren, um die inhaltliche Diskussion über die Regionalkonferenzen hinaus auf einem außerordentlichen Parteitag zu führen, und wenn sinnvoll zu beschließen.

Das dieser Parteitag ausgerechnet zum Zeitpunkt unseres Bergfestes ausgerichtet wurde, und so unser bayerischer Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Franz Maget, nicht wie geplant nach Erlangen kommen konnte, hat unsere

Wahlkampfstrategen, allen voran Dieter Rosner, nicht entmutigt.

Das Konzept der Bürgernähe praktiziert durch wochenlange, flächendeckende Hausbesuche und der Fachkompetenz, umgesetzt durch eine Vielzahl von Fachkonferenzen, hat den bayernweiten Trend entgegengewirkt und uns das so enorm wichtige Mandat von Wolfgang Vogel für unseren Kreisverband erhalten.

Die Bayern SPD musste gegen die „Bundespartei“ CSU in einem mit bundespolitischen Themen besetzten Wahlkampf eine schwere Niederlage einstecken, die letztendlich nur in der Höhe überraschen konnte.

Doch sehr schnell wurden Stoiber und Co. von der Realität des Alltags eingeholt. Landauf und landab erheben sich die Proteste gegen eine aberwitzige Sparorgie. Wie unausgegoren diese Schnellschüsse sind und wie wenig Fachkompetenz hinter dieser Rasenmähermethode steht, wird am besten dadurch deutlich, dass diese Proteste nicht verstummen.

Auch in jüngster Zeit haben die Rektoren der bayerischen Universitäten erneut offen ihre Kritik an dem Vorgehen der bayerischen Staatsregierung formuliert.

Lehrerverband und Eltern laufen Sturm gegen die Einführung des achtklassigen Gymnasiums.

Auf der Strecke bleiben nicht nur Lehrer, Schüler und Eltern, sondern auch die Städte und Gemeinden, die trotz des in der Verfassung garantierten Konnexitätsprinzips erneut zur Kasse gebeten werden.

Unsere kleine aber um so engagierte Landtagsfraktion mit ihrem hochschulpolitischen Sprecher Wolfgang Vogel ist es in dieser schwierigen Phase gelungen, Kompetenz und Glaubwürdigkeit zu vermitteln.

Die Bayern SPD wird wieder wahrgenommen.

Der beste Beleg hierfür war der kleine Parteitag Ende Januar in München, wo

Fortsetzung auf Seite 3

## März

2	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos	S. 17
3	20.00	August-Bebel-Haus	AsF: Pflegeversicherung	S. 15
9	20.000	Angerwirt	Distrikt Anger: Schröder-Müntefering	S. 10
10	20.00	AWO-Ost, Drausnikstr.	Distrikt Ost: Jahreshauptversammlung	S. 11
10	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd: Röthelheimpark	S. 11
11	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus: Europawahlkampf	S. 18
11	20.00	Gasthaus Zur Einkehr	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	S. 13
14	11.00	Kosbacher Stadl	UB: Frauenempfang	S. 24
16	20.00	Gasthaus Rangau	Distrikt Dechsendorf: Bürgerversammlung	S. 10
16	20.00	Schützenhaus Eltersdorf	Distrikt Eltersdorf	S. 10
16	20.00	Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt: neue Planungsvorhaben	S. 11
16	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe: Spielplatzfest	S. 12
16	20.00		Jusos: Jahreshauptversammlung	S. 17
17	20.00	August-Bebel-Haus	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	S. 14
<b>18</b>	<b>20.00</b>	<b>Turnerbund</b>	<b>Jahreshauptversammlung</b>	<b>S. 4</b>
21	11.00		Aktionsbündnis: Perlenschnur im Reichswald	S. 3
29	20.00	Deutsches Haus	Kreisvorstandssitzung	
30	20.00	AWO-Raum Gaisbühlstr. 4	Distrikt Frauenaurach: Jahresplanung	S. 10
30	20.00		Jusos: Neumitgliedertreffen	S. 17
31	20.00		AsF	S. 15

## April

20	20.00	FSV	Distrikt Bruck	
20	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd	S.11
22	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	

### Kontakt

#### Kreisverband:

**Vorsitzender: Robert Thaler**

Tel.: 09131-8126522  
 Fax: 09131-8126513  
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

#### Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr  
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr  
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr  
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr  
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:  
 Karin Franke - Geschäftsführung

### Impressum

#### Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen  
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

#### Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter  
 Baumschulenweg 11,  
 91058 Erlangen  
 Tel.:09131303090  
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Mitarbeit:** Lars Thomsen

#### Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

#### Auflage:

750 Stück

Spitzenfunktionäre der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen nicht nur mit uns das Gespräch suchten, sondern den Kontakt auch weiter pflegen wollen.

Und auch die Erlanger SPD hat im vergangenen Jahr in der öffentlichen Wahrnehmung einen großen Schritt nach vorne getan.

Natürlich habe ich die unnötige, weil öffentliche Diskussion mit dem Distrikt Anger nicht verdrängt.

Doch in einer Vielzahl von Berichten der lokalen Presse spiegeln sich den Erlanger Bürgerinnen und Bürger das Engagement und die Kompetenz unserer Erlanger SPD wieder. Einen großen Anteil daran hat unsere fünfzehnköpfige Stadtratsfraktion, die durch die gute Rückkoppelung mit den betroffenen Distrikten eine fundierte Arbeit leistet. Und auch der erneute Informationsaustausch zwischen Kreistagsfraktion und Stadtratsfraktion geht in diese Richtung. Auffällig und erfreulich registriert wird auch die zunehmende Berichterstattung zu landespolitischen Themen und aus dem Landtag.

Nachhaltig ist mir auch die Berichterstattung zum fünfundsiebenzigjährigen Bestehen der Erlanger AsF in Erinnerung.

Doch kehren wir auf den innerparteilichen Zustand zurück, der auf den Problemen der Gesellschaft insgesamt fußt.

Niemand wird bestreiten wollen:

Der Zustand der Erlanger SPD ist – wie der Zustand der SPD allgemein – alles andere als zufriedenstellend:

Wahlverluste, Mitgliederrückgang (wenn auch noch in verkraftbaren Zahlen) und inhaltliche Defizite sind Anzeichen einer Krankheit, die es zu heilen gilt.

Da gibt es aber auch noch eine viel schwerere Krankheit, die unsere Gesellschaft erfasst hat.

- die steigenden Arbeitslosenzahlen in nicht gekannter Höhe
- einen Kampf gegen die weltweite ökologische Krise mit minimaler Hoffnung auf Erfolg
- eine Demontage des Sozialstaates, die von Berlin bis Erlangen reicht.

Schlaglichter, die in ihrer kleinsten Einheit uns vor Ort genauso betreffen. Die Diagnose beider „Krankheitsbilder“ wird zeigen, in wieweit hier ein enger Zusammenhang besteht.

Dabei sind unsere Erlanger SPD-Probleme typisch für viele, ja allzu viele bundesdeutsche Großstädte.

Das soll unsere Lage nicht beschönigen, sondern es hilft uns vielmehr, hausgemachte Fehler von übergreifenden Schwierigkeiten wie z.B. Strukturwandel, Politik- und Parteienverdrossenheit zu unterscheiden.

Für alle zur Verdeutlichung: gerade weil die Lage sehr kritisch und sehr komplex ist, sind weder einseitige Schuldzuweisungen noch pauschale und deswegen oft auch inhaltsleere so genannte Modernisierungsvorschläge die Lösung.

Wir brauchen gewissenhafte und begründete Antworten auf die Fragen.

Wo stehen wir? Wo sind unsere Stärken, was macht unsere inhaltliche Kompetenz aus? Bleiben wir in Ansätzen stehen oder gelingt es uns, Schwerpunktthemen abschließend zu bearbei-

ten? Macht eine organisatorische Erneuerung Kräfte frei, um die notwendigen Aufgaben anzugehen?

Dabei spielen Geschlossenheit und Solidarität eine große Rolle, die aber nicht zur Einbahnstraße werden darf.

Eine Partei, die ihre Mitglieder mit ihren Kenntnissen und ihren persönlichen Erfahrungen ernst nimmt, ist weniger gefährdet, an der Wirklichkeit vorbei Politik zu betreiben.

In einer Zeit, da die gesellschaftlichen Spaltungstendenzen wieder zunehmen, da die Risse zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, auch zwischen Männern und Frauen, Reichen und Armen größer werden, ist es angemessen, sich wieder auf die Grundforderung nach sozialer Gerechtigkeit zu besinnen.

Das bedeutet natürlich weit mehr als nur Chancengerechtigkeit, nämlich auch Teilhabegerechtigkeit, also vor allem auch Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit.

Gerechtigkeit zu schaffen ist nicht Aufgabe des Marktes, sondern sie ist Aufgabe der Politik.

Um das Richtige hierfür zu leisten sind wir alle aufgerufen, uns jeder nach seinen Fähigkeiten aktiv einzubringen.

Wir, die wir uns aktiv in die Gesellschaft einmischen, müssen den anderen verdeutlichen, was uns verlässt, sich umeinander, um andere zu kümmern.

Freundschaft!

Robert Thaler

Kreisvorsitzender

## Aktion „Perlen-schnur im Reichswald“

Am **Sonntag, den 21. März** wird Bürgerinitiative „Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal“. e.V. von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr an 8 Standorten die 5,2 km lange Trasse der Südumgehung markieren. An 8 Standorten werden Stände aufgebaut, um die Bevölkerung zu informieren. Wer eine Standbesetzung übernehmen will, soll sich bei Gabi Dorn-Dohmstreich (Tel.: 9921114) melden.

Slogans werden sein: „Hier frisst sich die Trasse durch den Wald“, STOP: Schnellstraße blockiert diesen Weg“. Es werden nicht nur Wanderwege, die der Naherholung dienen ohne Alternative abgeschnitten, sondern auch 2 Radwege, die im bundesdeutschen Radwegenetz als Fernverbindungen dienen.

### In diesem Monat

Kreismitgliederversammlung	4
Breite statt Spitze - Antrag Jusos	5
Perteireform	6
Pro & Kontra Kopftuchverbot	6
Aus den Distrikten	10
Aus den Arbeitsgemeinschaften	14
Geburtstage	19
Rückblick	21
Aus dem Stadtrat	22
Frauenempfang	24

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur

## **Jahreshauptversammlung 2004 am Donnerstag, 18. März 2004, 20.00 Uhr, im Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden**  
**Ehrung der Verstorbenen**
- 2. Konstituierung**
  - a) **Wahl der Versammlungsleitung**
  - b) **Beschluss der Tagesordnung**
- 3. Rechenschaftsberichte**
  - a) **des Kreisvorsitzenden**
  - b) **der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos, 60plus**
  - c) **Kassenbericht und Bericht der Revisoren**
  - d) **Aussprache zu den Berichten**
- 4. Nachwahlen zum Kreisvorstand**
- 5. Einbringung, Aussprache und Beschluss über das weitere Vorgehen mit dem Arbeitspapier des AK Parteireform**
- 6. Anträge**
- 7. Verschiedenes**  
**Schlusswort des Kreisvorsitzenden**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

# Breite statt Spitze - Für Bildungsausbau statt Elite- förderung

ein Antrag der Jusos Erlangen

Wir Jusos fordern gleiche Teilhabe und Mitwirkung am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben und lehnen daher die Einführung von Eliteunis und –studiengängen ab. Die SPD versucht durch die Diskussion um die Einführung von Eliteunis, die sie von Arbeitgeberverbänden und rechten Parteien übernommen hat, von eigenen Fehlern in der Bildungspolitik abzulenken. Das Jahr 2004 ist ein weiteres Spar-Jahr für die Bildung. Viele – auch SPD-geführte – Bundesländer haben die Etats der Hochschulen zusammengestrichen. Die Bundesregierung hat die

derung reduziert auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit.

Dem Eliten-Konzept liegt der Gedanke zugrunde, dass wenige über die Lebensgestaltung vieler bestimmen sollen. Es ist der Versuch, nur einen kleinen „notwendigen“ Teil der Gesellschaft für Führungspositionen zu qualifizieren und die anderen so früh wie möglich auszuschließen. Eine Elitenbildung verschärft zudem eine soziale Selektion. Schon heute hängen Zukunftschancen maßgeblich von der Herkunft der SchülerInnen und der StudentInnen ab: Von 100 Kindern aus einer hohen sozialen Herkunftsgruppe studieren 71. Von 100 Kindern aus einer unteren sozialen Herkunftsgruppe jedoch nur 8.

Die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens hat zu immer größeren Selektionsmechanismen geführt. An den Hochschulen äußert sich dies unter anderem durch Numeri Clausi, unzureichende Betreuung usw.. Schon jetzt wird versucht, verstärkt nach fragwürdigen Leistungskriterien zu selektieren. Die fehlgeleitete Diskussion von BA/MA-Studiengängen ist hierfür das prominenteste Beispiel. Die KMK beschloss, dass weniger als die Hälfte der Bachelor-AbsolventInnen Zugang zu einem wissenschaftlichen Studium erhalten sollen. Das ist Elitenförderung in Reinkultur.

Die Selektion im Bildungswesen beginnt bereits in der Grundschule. Das zeigen alle relevanten Erhebungen. In anderen europäischen Ländern mit Gesamtschulen ist die soziale Auslese

im Bildungssystem weitaus geringer. Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten leider nur zaghaft um die Einführung von Gesamtschulen bemüht. Dies gilt es in den nächsten Jahren zu ändern.

Die Qualität der Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an der nicht gespart werden darf. Deshalb fordern wir die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten mit dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft. Um die Investitionen im Bildungsbe- reich deutlich zu erhöhen und damit allen die gleiche Teilhabe an Bildung zu ermöglichen, muss sich die Finanzpolitik des Bundes und der Länder grundlegend ändern. Eine Erste Forderung ist daher, den Steuersenkungswahn zu beenden, die Erbschaftsteuer zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

**Wir wollen keine Bildung für SpitzenverdienerInnen – Bildung muss Spitze für alle sein.**



Mittel für den Hochschulbau um 135 Millionen Euro gesenkt, eine Anpassung der Bafög-Beträge abgelehnt sowie Projektförderungen im Forschungsbereich gestrichen. Kürzungen auf der einen Seite und Eliteförderung auf der anderen erhöhen die soziale Ungleichheit. Durch den damit verbundenen gesellschaftlichen und kulturellen Druck wird das Konkurrenzdenken gefördert - so wird Bil-

Aus Aufsätzen der 2. Grundschul-  
klasse:

Mein Papa ist ein Spekulator. Er verdient ganz viel an der Börse  
(vor allem an Weihnachten)

Eine Lebensversicherung ist das Geld, was man bekommt, wenn man einen tödlichen Unfall überlebt.

Am Wochenende ist Papa Sieger bei der Kaninchenschau geworden  
(was für ein toller Papa!)



## AK Parteireform – aktueller Stand

Verfahrensvorschlag zur Beschlussfassung über das Konzept des AK Parteireform

Als Verfahren für die Abstimmung über das Konzept des AK Parteireform schlägt euch der AK vor, auf der Jahreshauptversammlung am 18.03. nur das Konzept und die beantragten Änderungen abzustimmen, aber noch nicht die sich daraus ergebenden Satzungsänderungen; deshalb sind diese auch im Monatsspiegel noch nicht abgedruckt. Da einige satzungsrelevante Punkte – insbesondere die Größe und Zusammensetzung des Kreisvorstands strittig sind, müssten wir sonst sehr viele unterschiedliche Varianten veröffentlichen und abstimmen, was das Verfahren erheblich verkomplizieren würde. Wir schlagen daher vor, dass nach der Beschlussfassung über das Konzept die notwendigen Satzungsänderungen entsprechend formuliert und auf einer späteren KMV abgestimmt werden.

Noch eine Bitte: Ihr erleichtert den Verlauf der Diskussion auf der JHV erheblich, wenn ihr eure Änderungsanträge – soweit sie nicht schon vorliegen – vor der KMV an den AK Parteireform oder das Büro schickt. Dann liegen sie der JHV kopiert vor und es ist für alle dort Anwesenden leichter, der Diskussion zu folgen und zu wissen, über was eigentlich abgestimmt wird. Eine aktuelle Liste der Änderungen könnt ihr bei Philipp Dees ([philipp.dees@spd-online.de](mailto:philipp.dees@spd-online.de)) erhalten.

### Wichtiger Hinweis zum Konzept

Liebe Genossinnen und Genossen, im Konzept des AK Parteireform, wie es im letzten Monatsspiegel veröffentlicht wurde und wie es euch der AK als Beschlussvorlage für die Jahreshauptversammlung am 18.03. vorlegt,

ist unter Punkt 2c) vorgesehen, dass die Distrikte und Arbeitsgemeinschaften für ihre KreisvorstandsvertreterInnen (je Distrikt bzw. AG nur noch einE) StellvertreterInnen mit Stimmrecht im Vertretungsfall wählen können. Eine ähnliche Regelung war für den Fraktionsvorsitzende bzw. die Fraktionsvorsitzende vorgesehen.

Inzwischen sind Zweifel geäußert worden, ob diese Regelung mit dem Parteien- bzw. Vereinsgesetz vereinbar ist. Leider konnten wir im AK vor Redaktionsschluss dieses Monatsspiegels das nicht mehr überprüfen. Es kann daher sein, dass wir auf der JHV kurzfristig das Konzept an dieser Stelle ändern müssen.

Für den AK Parteireform  
Philipp Dees

will ich: [www.sparkasse-erlangen.de](http://www.sparkasse-erlangen.de)

175 Jahre Sparkasse Erlangen - unser Jubiläum zahlt sich für Sie aus. Für Ihr Vertrauen sagen wir Dankeschön mit attraktiven Angeboten. Jubeln Sie mit!

175 Jahre  
Sparkasse Erlangen

Unser Dankeschön:  
attraktive Angebote  
zum Jubeln!

175 Jahre  Dankeschön!  
SPARKASSE ERLANGEN

# Pro und Kontra

## Verbot des Tragens eines Kopftuches

Nachdem die moslemische Lehrerin Fereshta Ludin das Bundesverfassungsgericht angeufen hatte, weil sie auf das Tragen des Kopftuchs im Unterricht nicht verzichten wollte, hat das Gericht die Bundesländer darauf hingewiesen, dass ein solches Verbot ohne eigene gesetzliche Grundlage nicht möglich ist. Derzeit wird ein solches Gesetz in Bayern vorbereitet. Barbara Pfister und Julie Mildenberger nehmen hierzu in gegensätzlicher Position Stellung.



## Kopftuchverbot – ein falsches Rezept mit gefährlichen Nebenwirkungen

von Barbara Pfister

Wer sich für die Gleichberechtigung und Emanzipation von Frauen einsetzt, muss äußerliche Zeichen wie Kopftücher und Schleier (aber nicht ausschließlich diese!), die die unterschiedliche Stellung zwischen Frauen und Männern ausdrücklich sichtbar machen sollen, kritisch hinterfragen – insbesondere dann, wenn sie zur Norm erhoben und Mädchen und Frauen aufgezwungen werden. Die Burka als extremstes Symbol rückständiger patriarchalischer Gesellschaften, die Frauen brutal unterdrücken, ruft zu Recht Entsetzen und Protest hervor. Ebenso wenig können wir darüber hinwegsehen, dass auch in Deutschland islamistische Organisationen sich gegen Demokratie und Grundrechte richten und deshalb bekämpft werden müssen.

Ob ein gesetzliches Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen in bayerischen (deutschen) Schulen allerdings eine geeignete Antwort auf diese Probleme geben kann, erscheint mir äußerst fragwürdig. Aus der berechtigten Besorgnis über gesellschaftliche Entwicklungen lässt sich nicht die symbolische Bestrafung einzelner Frauen allein dafür ableiten, dass sie – aus unterschiedlichen Motiven – ein Kopftuch tragen. Zu schwer wiegen dagegen Zweifel an den Begründungen, Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit sowie Sorgen um die Auswirkungen einer solchen Maßnahme.

Wie das Beispiel Frankreich zeigt, geht es bei diesem Thema überdies um weit mehr als die Frage, ob *Lehrerinnen* unter Verweis auf ihre besondere Verantwortung und Vorbildfunktion gezwun-

gen werden können, auf das Kopftuch zu verzichten. Die französische Diskussion führt uns vor Augen, dass mit den gleichen Argumenten, die bei uns vorgebracht werden, auch der Ausschluss von *Schülerinnen* vom Unterricht begründet werden kann. Das dort gerade verabschiedete Gesetz will ihre Freiheitsrechte ausgerechnet dadurch schützen, dass es ihnen das Recht auf Bildung entzieht...

Die Forderung nach dem Kopftuchverbot verkürzt in mindestens dreifacher Weise die Diskussion über die tatsächlichen Probleme, die einige – längst nicht alle! – muslimische Frauen und Mädchen betreffen: Sie reduziert dieses Thema zum einen auf die *Schule* als Ort, zum anderen auf die *Frauen* als Geschlecht und schließlich allein auf die *islamische Religion* als Hintergrund. Diese eingeschränkte Sichtweise blendet wesentliche Fragen an unsere Gesellschaft aus: Was tun wir, welche Ansätze fördern wir, um die Emanzipation muslimischer Frauen in Deutschland zu unterstützen? Wo bleiben die Programme, die öffentlich finanzierten Angebote speziell für Migrantinnen (nicht nur muslimische!), die in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden? Laufen wir nicht Gefahr, über dieser Diskussion zu vergessen, dass in unserer Gesellschaft Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung – bis hin zu rassistischen Gewalttaten – alltägliche Normalität sind? Dass Migrantinnen – und für Migrantinnen trifft dies umso mehr zu – nach wie vor in vielfacher Hinsicht benachteiligt werden? Dass die Wahrneh-

mung von Menschen islamischen Glaubens in Deutschland viel zu oft von Vorurteilen geprägt ist? Unser Land versagt kläglich vor der Aufgabe, vernünftige rechtliche Grundlagen für „Zuwanderung“ zu schaffen. Wie die unsägliche Unterschriftenaktion von CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gezeigt hat, wird eine sachliche Auseinandersetzung über das Einwanderungsland Deutschland blockiert. Droht vor diesem ganz realen gesellschaftlichen Hintergrund nicht auch die einseitige Fokussierung auf das – eine kleine Minderheit betreffende – Kopftuch eine Stimmung zu verstärken, die offener Ausländerfeindlichkeit und Hetze Bestätigung und Raum bietet? Die Union offenbart mit ihrer Haltung zur EU-Mitgliedschaft der Türkei, dass sie in skrupelloser Weise die berechtigte Kritik an islamistischen Positionen missbrauchen will, um sie mit einer Ablehnung der islamischen Gesellschaften *allgemein* zu vermengen und sich mit der Instrumentalisierung von Vorurteilen und dem Schüren von Ressentiments Vorteile zu verschaffen. Die Entwicklung, die die Kopftuchdebatte vor diesem Hintergrund zwangsläufig – und bereits jetzt deutlich sichtbar – mit sich bringt, vergiftet das gesellschaftliche Klima und trägt nicht zuletzt dazu bei, bei den Muslimen beiderlei Geschlechts das Gefühl von Ausgrenzung und Ablehnung durch die deutsche Gesellschaft zu verstärken (für das wir ihnen ohnedies hinreichend Anlass geben) – was wiederum den Boden für demokratiefeindliche islamistische Propaganda bereitet. Warum diskutieren wir nicht

zuerst über die Ursachen für die Ausbreitung islamistischer Organisationen, um daraus wirksame Ansätze zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln?

Äußerst Besorgnis erregend sind darüber hinaus die Gefahren, denen wir unseren Rechtsstaat und die Grundrechte durch ein solches Verbot aussetzen. Wie ist es möglich, in offenem Widerspruch zu der im Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit ohne Bevorzugung einzelner Religionen, mit dem Kopftuchverbot ein nur gegen eine einzige Religion gerichtetes Gesetz anzustreben? Denn auch wenn wir – formal korrekt – dieses Verbot auf andere religiöse Symbole ausweiten, kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass allein ein islamisches Symbol dieses Vorgehen ausgelöst hat. Soll hier das unerträgliche Konzept der „Leitkultur“ gegen unsere Verfassung durchgesetzt werden? Ist dies nicht ein weiterer Versuch (insbesondere der Rechten in unserem Land), die verbreitete Angst vor Terroranschlägen und Islamismus zur Aushöhlung des Rechtsstaates zu nutzen? Als unauflösbarer Widerspruch erscheint mir zudem die Tatsache, dass ein solches Verbot, das doch den Rechten der Frauen dienen soll, sich in seinen Auswirkungen auf der individuellen Ebene einzig und allein gegen Frauen richtet. Was dagegen geschieht mit (männlichen) Lehrern, die verdächtigt werden, als Islamisten gegen unsere Verfassung zu arbeiten? Haben sie – und gleichermaßen ja wohl auch Frau Ludin – nicht den rechtsstaatlichen Anspruch darauf, dass ihnen dies konkret nachgewiesen und nicht schlicht aufgrund ihrer Kleidung, Frisur, Barttracht etc. unterstellt wird?

Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, angesichts der Ratlosigkeit im Umgang mit den Integrationsdefiziten unserer Gesellschaft und den rückwärts gerichteten Fundamentalismen verschiedener Ausprägung zu einer vordergründig überzeugenden, zugleich aber sehr gefährlichen Scheinlösung wie dem Kopftuchverbot zu greifen.

„Das einzige Mittel gegen den Fundamentalismus ist Wissen, Bildung und Ausbildung.“ - Shirin Ebadi, iranische Friedensnobelpreisträgerin, im Dezember 2003 zum geplanten Kopftuchverbot für Schülerinnen in Frankreich.

# Für Neutralität in der Schule

Julie Mildenberger

Zuerst einmal: es geht nicht darum, das Kopftuch von muslimischen Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Raum (und damit aus unserem Bewusstsein) zu verdrängen.

Jede Frau, jeder Mann muss sich so kleiden dürfen, wie sie/er es für richtig hält. Es gibt bei uns und in anderen Kulturen traditionelle Kopfbedeckungen oder Kleidungsgewohnheiten; in der weltoffenen Siemens-Stadt Erlangen leben viele Menschen aus anderen Ländern, die ihre Herkunft auch durch ihre Kleidung wissen lassen (Sari, fränkische Tracht, Rasta-Zöpfe...)

Das Problem beim Kopftuch ist, dass es eben nicht nur ein Ausdruck von gelebter Religiosität oder kultureller Gewohnheit ist, sondern ein Symptom einer Entwicklung, in der fundamentalistische Gruppierungen an Einfluss gewinnen. Natürlich gehören zu ihnen in Deutschland nur etwa 3-5% der muslimischen Bevölkerung, aber wir haben eben auf Grund unsere Geschichte schon einmal erfahren müssen, was daraus werden kann, wenn etwas zu lange toleriert oder nicht ernst genommen wird.

Um das hier aber klarzustellen: Nicht jede Frau, die ein Kopftuch trägt, ist auch gleich radikal, fundamentalistisch oder eine Terroristin, nur die allerwenigsten, das weiß ich auch, und das macht es auch so schwer, hier bei uns eine Position zu vertreten, die – hoffentlich nur auf den ersten Blick – intolerant und fremdenfeindlich scheint.

Die ganze Debatte um das Kopftuch ist nicht zuletzt deshalb so unergiebig und kontrovers, weil die Religion und ihre Ausübung (mit der ja argumentiert wird) eine extrem private Angelegenheit ist, und jeder Gläubige daraus machen kann was er/sie will – das Tragen des Kopftuches ist nirgendwo im Koran ausdrücklich festgelegt, es ist eine ganz persönliche Entscheidung wie die entsprechenden Koranverse ausgelegt werden.

In einer aktuellen Unterschriftenliste „Nein zum Kopftuchverbot! Kein Berufsverbot für Frauen“ steht, „ein Kopftuchverbot in der Schule oder im öffentlichen Dienst wird viele Frauen in die finanzielle Abhängigkeit von ihren Familien drängen oder zur Annahme von Billigjobs drängen“.

Aber gerade das Gegenteil ist der Fall: Wenn ich die Meldungen aus anderen Ländern – Afghanistan, Irak, aber auch Frankreich – ernst nehme, passiert dort im Moment das, was durch das Kopftuch-Erlauben hier verhindert werden soll: Mädchen werden ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Leben, werden ihrer Chancen auf Bildung und Ausbildung beraubt, die oft mühsam erkämpften Freiheiten der Frauen, nämlich Berufstätigkeit, Selbstbestimmung etc. werden immer mehr „im Namen des Islam“ eingeschränkt und beschnitten. Gerade in Frankreich ist dieser Vormarsch überall in den Großstädten besonders deutlich zu sehen. Mädchen werden dort von ihren Eltern vom Biologie-, Naturkunde- und Sportunterricht „befreit“, weil diese Fächer nicht mit der Religion vereinbar wären, in Krankenhäusern wird zunehmend die Behandlung von Frauen durch männliche Ärzte verweigert, für Schwimmbäder gibt es die Forderung nach Geschlechtertrennung. Mädchen, die in den Vororten von Paris das Kopftuch ablehnen und wie andere Französinen T-Shirts, Jeans und Minirick anziehen wollen, werden von muslimischen jungen Männern grob angepöbelt, bedroht, als „Huren“ geschimpft bzw. verprügelt oder in Kellern bei den berüchtigten „Tournantes“, d. h. Massenvergewaltigungen missbraucht.

## Wo soll also eine Grenze gezogen werden?

Kopftuchverbot für verbeamtete Lehrerinnen – Pflichtteilnahme am Sportunterricht und bei Klassenfahrten – Kampf gegen die Zwangsverheiratung von Mädchen ....

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

Die Diskussion allein über Kopftuch oder nicht geht an der Realität vieler muslimischer Frauen und Mädchen hier in Deutschland vorbei.

Ist es noch in Ordnung, wenn eine deutsche zum Islam konvertierte Grundschullehrerin aus Aachen aus ihrem Weltbild heraus die Meinung vertritt, dass Mädchen und Jungen bzw. unverheiratete Frauen und Männer nicht „allein“ miteinander in einem geschlossenen Raum sein, nicht miteinander tanzen dürfen, dass Ehebruch ein Verbrechen wie Mord ist – und dass die Steinigung bei Ehebruch nach der Scharia von daher angemessen ist? „Wenn einmal in hundert Jahren eine Ehebrecherin gesteinigt wird – vielleicht werden dann ganz viele Ehen gerettet?“ (die Zeit vom 11. Dezember 2003)

Mitte Februar haben sich muslimische Migrantinnen zu Wort gemeldet, um klar zu machen, dass die Position der überwiegenden Mehrheit der muslimischen Frauen in der ganzen Diskussion nicht berücksichtigt oder nicht zur Kenntnis genommen wird. Sie wollen nicht, dass das Kopftuch an den Schulen erlaubt wird: „Das Tragen des Kopftuchs in staatlichen Schulen würde nämlich in massiver Weise die ‚negative Religionsfreiheit‘ der Schülerinnen einschränken. Sie würden sich dem Einfluss eines weltanschaulichen religiösen oder politischen Symbols ausgesetzt sehen. Die islamistischen Kräfte würden allein durch die Präsenz von kopftuchtragenden Lehrerinnen im Staatsdienst eine unvergleichlich größere Möglichkeit bekommen, die Mädchen und ihre Eltern unter Druck zu setzen. Diese Möglichkeit des Machtzuwachses darf ihnen nicht zugesprochen werden.“ (aus dem offenen Brief am Marieluise Beck „Für Neutralität in der schule“ vom 14. Februar 2004)

Und was passiert, wenn das Kopftuch erstritten worden ist? Es besteht die Gefahr, dass mit der religiös begründeten Erlaubnis, das Kopftuch zu tragen, andere islamische religiöse Vorschriften ebenso in Deutschland durchgesetzt werden können bzw. der Versuch dazu unternommen wird, wie

Polygamie (die in Ausnahmefällen schon toleriert wird), die Möglichkeit der Verstoßung der Ehefrau, das unzureichende Erbrecht, das Frauen benachteiligt und andere in der Scharia festgelegten islamischen Bestimmungen.

Die „Kopftuchdebatte“ geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei bzw. wird auch nicht ehrlich geführt – der

Gleichbehandlungsgrundsatz im Grundgesetz muss auch für die Religion und ihre Behandlung im öffentlichen Raum gelten, d. h. in letzter Konsequenz alle religiösen Symbole raus aus der Schule, kein konfessioneller Religionsunterricht, keine Erhebung von Kirchensteuer durch den Staat – und auch kein „so wahr mir Gott helfe“ beim Schwur auf die bayrische Verfassung und Gemeindeordnung.

## ERLANGER BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN

[www.frieden-erlangen.de](http://www.frieden-erlangen.de)

### RESOLUTION zur Situation im IRAK

Stand 9.2.2004

**Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im März 2003 gegen den Irak.**

I) Beendigung der Besatzung und Aufbauprozess unter dem Dach der UN

Wir fordern die sofortige Übertragung der Verantwortung für den Aufbauprozess an die UN. Die Besatzungsmächte müssen sich verbindlich zu einem von der UN überwachten Abzugsprozess verpflichten, der innerhalb eines Monats begonnen werden muss und nach 6 Monaten (Ende Juli 2004) abgeschlossen wird.

Der Aufbauprozess unter Verantwortung der UN soll gewährleisten, dass:

1. Öffentliche Aufgaben baldmöglichst von irakischen zivilen Strukturen und Organisationen übernommen werden können;

2. Der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats über den Beschluss einer Verfassung durch eine demokratisch gewählte Versammlung von den ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen des Irak, über freie Wahlen bis zur Unabhängigkeit eines demokratischen Irak von der UN organisiert wird;

3. Es ist sicherzustellen, dass wirtschaftliche Interessen, insbesondere bei Bodenschätzen, für die Menschen im Irak und für den zukünftigen Staat Irak gewahrt werden.

II) Deutsche Beteiligung

Eine militärische Beteiligung Deutschlands lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir die Übertragung von militärischen Aufgaben an die NATO ab. Wir fordern, dass Deutschland sich nach seinen Möglichkeiten an einem von der UN verantworteten zivilen Aufbauprozess beteiligt.



Vorsitzender:  
Harald Walter Tel.: 38611

## Anger

Einladung zur Distriktsversammlung  
des Distriktes Anger

**am Dienstag, den  
09.03.04 um 20.00 Uhr in  
der Gaststätte zum An-  
gerwirt.**

**Tageordnung:**

- 1. Aktuelles**
- 2. Bericht aus Fraktion und Kreis-  
vorstand**

**3. Diskussion: "Schröder-Münsterfe-  
ring" und die SPD**

**4. Verschiedenes**

Es freut sich auf Euer Kommen

Harald Walter

Vorsitzender

## Dechsendorf



Vorsitzender:  
Norbert Fischer

Liebe Mitglieder im Distrikt Dechsen-  
dorf,

zu unserer nächsten Distriktsitzung  
am

**16.3.04 um 20.00 Uhr im  
Gasthof Rangau**

laden wir euch herzlich ein.

**TOP:**

- 1. Aktuelles**
- 2. Bericht aus dem Stadtrat**
- 3. Bericht aus dem Ortsbeirat**

**4. Vorbereitung der Bürgerver-  
sammlung in Dechsendorf am  
30.3.**

**5. Planung für 2004**

Insbesondere für den TOP 4 bitten wir  
euch um Beobachtungen und Anre-  
gungen (Kindergarten, Schule, Verkehr,  
Vereine etc.).

Nachdem wir nun schon länger keine  
Distriktsitzung mehr hatten, hoffen  
auf euer zahlreiches Erscheinen.

Im Namen des Vorstandes grüßt euch  
herzlich Ursula Lanig

## Eltersdorf



Vorsitzender:  
Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, den 16. März  
um 20 Uhr  
im Schützenhaus Elters-  
dorf**

Tagesordnung:

**wird aktuell beschlossen**

Für den Vorstand

Manfred Jelden

## Frauenaurach



Vorsitzender:  
Thomas Hein

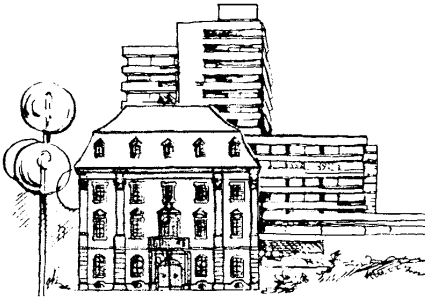
Wir laden zu unserer Distriktsversamm-  
lung am

**30.3.04 um 20.00 Uhr im  
AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4  
ein.**

**TOP:**

- 1. Aktuelles**
- 2. Berichte**
- 3. Jahresplanung**
- 4. Verschiedenes**

## Innenstadt



Vorsitzende:

Barbara Pfister  
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

### Vorstandsneuwahlen am 17.2.2004

Stadträtin Barbara Pfister ist bei der Sitzung des Disktrikts Innenstadt einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt worden. Mit dem ehemaligen Kreisvorsitzenden Walter Schweigert und Stadträtin Johanna Behringer stehen ihr dabei zwei kompetente StellvertreterInnen zur Seite.

Für die nächsten Monate hat sich der neue Vorstand vorgenommen, aktuelle kommunalpolitische Themen wie die Schließung Erlanger Bäder, den geplanten Bau der Arcaden und die Verkehrssituation in der Innenstadt zu bearbeiten. Dazu soll der Kontakt zum Altstadtforum wieder verstärkt werden. Geplant ist auch eine öffentliche Veranstaltung im Vorfeld der Europawahlen durchzuführen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden euch herzlich ein zur nächsten Distriktssitzung am

**Dienstag, den 16.3.2004,  
20.00 Uhr**

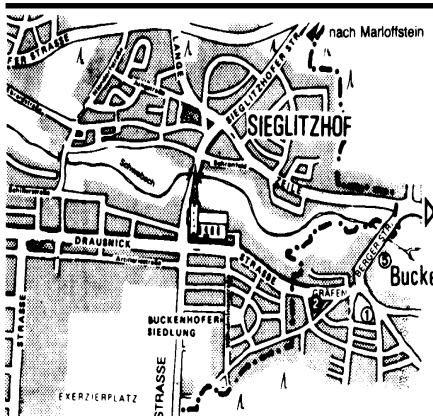
**Nebenzimmer Gaststätte  
Mohrenkopf, Schiffstraße**

An diesem Abend wollen wir uns eingehender mit aktuellen Planungsvorhaben (z.B.: Arcaden, Frankenhof) und Verkehrsproblemen, die die Innenstadt betreffen, auseinandersetzen.

Wir würden uns freuen, wenn sich möglichst viele von euch an der Diskussion beteiligen.

Für den Vorstand

Barbara Pfister



## Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
**Jahreshauptversammlung  
am Mittwoch, den  
10.03.2004,  
20 Uhr, in der AWO Ost,  
Drausnickstr. 82**

### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Ehrung der Verstorbenen

### 3. Berichte:

- 1. Vorsitzender
- Kassenwärtin
- Rechnungsprüfer

Jeweils mit Aussprache

### 4. Entlastung des Vorstandes

### 5. Sonstiges

Jochen Kraft

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531  
e-mail: djangokraft@web.de  
stellvertretende Vorsitzende:  
Monika Wendler Tel.: 401737  
e-mail: moni.wendler@gmx.de

## Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,

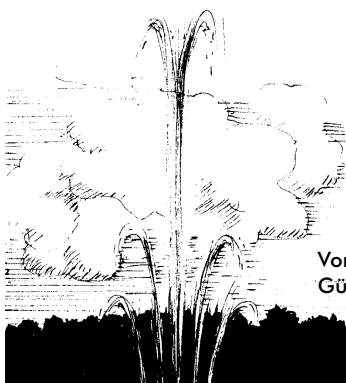
und am

unsere nächste Distriktssitzung ist am

**Mittwoch, 10. März 2004,  
20 Uhr, Gaststätte  
Röthelheim,  
Thema  
„Röthelheimpark“**

**Dienstag, 20. April 2004,  
20 Uhr, Gaststätte  
Röthelheim,  
Thema  
„8-klassiges Gymnasium“**

Günter Laurer



Vorsitzender:  
Günter Laurer

## Tennenlohe



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
nächsten Distriktversammlung am

**Dienstag, 16.03.04,  
Schlossgaststätte,  
20.00 Uhr**

### Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte (KV, Ortsbeirat etc.)
3. Änderung in der Konzeption des Spielplatzfestes und/oder Projekt „Begehbare Kunst am Spielplatz“ (Bezug zur Fiesta de Arte?)
4. Detailplanung unserer im Auftrag des Kreisverbandes organisierten Veranstaltung im Rahmen des Europa-Wahlkampfes „Zur Zukunft der Bundeswehr“

### 5. Verschiedenes

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

### Protokoll der Distrikt- Jahres- hauptversammlung vom 10.2.04

#### 1. Aktuelles

- Der Neujahrsempfang des Ortsbeirates war sehr CSU-lastig.
- SPD und MdLs W. Vogel und Thomas Beyer setzen sich öffentlich ein für den Erhalt des Tennenloher Walderlebniszentrums.

#### 2. Berichte

- aus KV und ASF (25. Jahre)
- Hans berichtet über die neue Plakatierungsregelung in Zusammenarbeit mit dem E-Werk. Er wird eine Standort-Wunschliste einreichen.

#### 3. Kassenbericht

wird von A. Opitz vorgetragen. Jahressaldo und Kassenbestand sind positiv. Gert Büttner hat mit Willi Horn die Kasse geprüft und in Ordnung gefunden. Er dankt dem Kassenführer und schlägt Entlastung vor. Einstimmig so beschlossen.

#### 4. Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Kurzfassung)

Mitgliederbewegung: 2 Todesfälle, 1 Austritt, 2 Eintritte, 1 Zuzug;

**Nachtrag: am 14.2.04: Eintritt Heidrun Schroeder - Herzlich willkommen !!**

Mitgliederzahl jetzt : 40

#### Aktivitäten:

- a) 11 Distriktversammlungen, darunter:
  - Willi Gehr über Bezirkstag
  - R.Schowalter über die Agenda 2010.
  - Wolfgang Niclas über Situation und Aktuelles aus den Gewerkschaften.
  - Analyse Landtagswahl
  - Gert Büttner Funktionsweise des Kapitalismus in der heutigen Zeit oder: Was ist Geld.

b) Wahlkampf in Tennenlohe mit Wolfgang Vogel: Hausbesuche, Bieranstiche, Kirchweihbeteiligung, Rosenverteilung, Infostand. Wolfgang erreicht in Tennenlohe in fast allen Wahlbezirken signifikant mehr Stimmen als die Partei.

c) 3 Ausgaben des Tennenloher Boten

d) Auseinandersetzung mit der CSU über Verhalten der Stadträtin B. Grille in Ortsbeirat und Stadtrat und Berichterstattung in der EN über die Bürgerversammlung.

e) gesellige Aktivitäten: Spielplatzfest, Sommerwanderung, Grillparty bei Adolf Most, Gansessen im Schlößla.

f) Neugestaltung der Homepage, z.T. bereits durchgeführt

#### 5. Entlastungen

Der Vorstand wird bei einer Enthaltung entlastet.

#### 6. Wahlen

Die Leitung des Wahlvorganges übernimmt Robert Thaler. 10 anwesende Mitglieder sind stimmberechtigt. Nach namentlichem Vorschlag und Bereitschaft zur Kandidatur wurden in geheimer Wahl gewählt:

Vorsitzender: Rolf Schowalter (9 Ja/ 0 Nein/ 1 Enth)

Kassiererin: Elke Opitz (9/0/1)

Schrifführer: Christoph Schnapper(9/0/1)

Beisitzer(innen): Alfred Opitz (9/0/1), Gertrud Reich-Schowalter(9/0/1) Ursula Schnapper(9/0/1)

Vertreter im KV: Alfred Opitz (9/0/1) Hildegard Reinwardt (9/0/1)

Kassenprüfer: Gert Büttner (9/0/1) Hans Hauer (9/0/1)

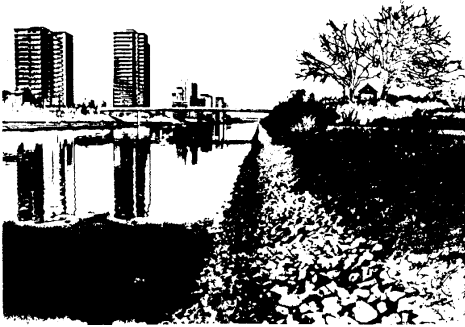
Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

#### 7. Sonstiges

- Tennenloher Bote: Nächste Ausgabe Anfang März, Themen wurden besprochen und Aufgaben verteilt.
- Veranstaltung zur Wehrpflicht , vorgesehen am 14.5.; Referenten noch unsicher.
- Spielplatzfest: Evtl. Verbindung mit Kunst - erster Meinungs austausch
- Fahrt nach Jena am 3.10. (Kreisverband)

Christoph Schnapper, Schrifführer





Vorsitzender:  
Philipp Dees Tel.: 483791  
e-mail: philipp.dees@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Im März steht wieder einmal die **Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen** an. Sie findet am

**Donnerstag, 11. März  
2004 um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“  
(Güthlein), Dorfstraße 14**

statt. Die vorgeschlagene Tagesordnung ist:

1. **Wahl einer Versammlungsleitung**
2. **Aktuelles und Berichte**
3. **Rechenschaftsberichte**
  - a) **des Vorstandes**
  - b) **Finanzbericht**
  - c) **der Revisoren**
- jeweils mit Diskussion
4. **Wahlen**
  - a) **einer Wahlkommission**
  - b) **des/der Vorsitzenden**
  - c) **des/der stellvertretenden Vorsitzenden**
  - d) **der Referentinnen und Referenten**
  - e) **der weiteren Vorstandsmitglieder**
  - f) **der RevisorInnen**
  - g) **der Vertreterin und des Vertreters im SPD-Kreisvorstand**
5. **Anträge und Verschiedenes**

## West

Wer von euch sich für eine Mitarbeit im Vorstand interessiert, kann sich gerne bei mir oder auch bei einem anderen Vorstandsmitglied melden.

Mit solidarischen Grüßen

Philipp Dees

### Protokoll der Distriktsversammlung vom 10.02.04

#### 1. Erlanger Arcaden (gek. v.d.R.)

· Robert Thaler stellt die Geschichte und den aktuellen Stand des Arcaden-Projekts auf dem Post/Gossengelände vor:

- Bei Bekannt werden der Überlegungen hat die SPD-Fraktion eine maximale Verkaufsfläche von 16.000 Quadratmetern (einschl. Sparkasse) gefordert.

- Der Investor mfi hat das Grundstück gekauft (üblich wäre ein Vorvertrag gewesen), ist daher auf die Realisierung des Projekts angewiesen; ursprüngliche Planung 22.000qm Verkaufsfläche auf Post- und Gossengelände, zusätzlich neue Sparkassenverwaltung. Die Nägelsbachstraße sollte verlegt werden, die Verkehrerschließung über eine Rampe zur Hochstraße erfolgen; für beide Projekte sollte mfi zahlen, aber die Stadt bauen.

- Im Dezember 2002 scheidet Sparkasse aus, mfi plant nur noch für das Post-Gelände, die Verlegung der Nägelsbachstraße ist obsolet.

- Die BI gegen die Arcaden hat genügend Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt; die Stadt will der BI anbieten, zeitgleich mit der Europawahl abzustimmen.

- Neue Entwicklung: Das Zollamt zieht Herbst 2004 aus, dadurch wird dessen Grundstück in die Planungen mit einbezogen, dafür will mfi die Verkaufsfläche um 2.500qm erhöhen

- mfi plant entgegen bisheriger Ankündigungen ein Untergeschoss; Problem: Im Grund liegen alte Leitungen, für die Verlegung soll die Stadt zahlen (ca. 800.000 Euro)

- Fraktion tendenziell eher gegen die Arcaden; die Leerstände in der Innenstadt sind jetzt schon groß, das

Hugo-Gebäude kann nicht vermarktet werden. Die Grand-Galerie soll erst umgebaut werden. Der Stadt sollen durch die Arcaden keine Kosten entstehen

- mfi hat bisher keine endgültigen Planungen vorgelegt, das Projekt verzögert sich, weil mfi lange Bearbeitungszeiten zwischen den einzelnen Schritten hat.

· Gerhard Steeger ergänzt aus Sicht der „Bürgerinitiative stadtvträgliche Arcaden“:

- Die von mfi geplante Verkaufsfläche mit Postfiliale und Gastronomie beträgt bisher 18.200qm; dazu kommen 3.450qm Büro- und Lagerflächen, die in der Dimension nicht notwendig sind und wohl für die Erweiterung der Verkaufsfläche genutzt werden sollen, dann ist man wieder bei den ursprünglichen 22.000qm, obwohl der Investor eine Verkleinerung zugesagt hatte.

- Die Verkehrerschließung ist unbefriedigend. Die vom Frankenschnellweg kommenden Autos müssen auf der Siemens-Hochstraße wenden (ein sogenannter U-Turn wird gebaut), um zur Rampe zu gelangen.

- Die BI will abwarten, bis klare Pläne vorliegen und dann entscheiden, ob der Bürgerentscheid vorgelegt werden soll.

· Die anschließende Diskussion konzentriert sich auf zwei Aspekte:

- Kaufkraft: Die Frage ist, ob die Arcaden zu mehr Leerständen oder zu größeren Umsätzen in Erlangen führen würde; die Kaufkraft fließe bisher aus Erlangen in andere Städte ab, Erlangen fehle ein zweites Kaufhaus. Erlangen habe als Einkaufsstadt an Attraktivität verloren. Gerhard Steeger weist darauf hin, dass eine Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung im Auftrag der mfi ergeben habe, dass Erlangen generell mehr Kaufkraftzu- als Kaufkraftabfluss habe.

- Folgen für die Stadtentwicklung: Nach in der Diskussion geäußerten Meinungen kann die Stadt den Trend zu Einkaufszentren nicht aufhalten. Die langwierige Diskussion um die Arcaden behindere die weitere Stadt-

entwicklung und andere Investitionen; die Stadt müsse daher auf mfi einen Druck zur Entscheidung aufbauen und nach anderen Investoren suchen (Problem: mfi gehört das Grundstück)

## 2. Schließung Adenauerring/Querung Bimbachtal

· Vom Stadtrat soll für die weitere Planung der Baugebiete in Büchenbach-West die Trassenführung für den Schluss des Adenauerrings festgelegt werden. Die entscheidende Frage ist dabei, wo das Bimbachtal überquert werden soll. Gerhard Steeger stellt die Planungen vor:

- Es gibt drei Varianten: (1) Querung ortsnah westlich des Doktorsweihers, (2) Querung auf der Trasse der Hochspannungsleitung weiter östlich, (3) Querung auf der bestehenden Brücke der Reitersbergstraße ortsnah Häusling.

- Das Planungsamt hält die Variante 1 wegen der besonders hohen

Entlastungswirkung für den Dorfkern Büchenbach für die Beste.

- Das Umweltamt will die Variante 3, weil bei dieser die Folgen für die Umwelt am geringsten sind.

- Die Variante 3 ist die billigste, weil die Brücke an der Reitersbergstraße schon steht.

· Wie hoch die Lärmbelastung für den Ortskern Büchenbach bei Variante 1 (ortsnah) wäre, ist bisher nicht ermittelt.

· Zur Kostensenkung überlegt die CSU, auf eine Brücke bei Variante 1 zu verzichten und das Bimbachtal ebenerdig zu überqueren; die StUB wäre bei dieser Umsetzung nicht zu realisieren, sondern bräuchte eine eigene Brücke.

· Konsensmeinung in der Diskussion ist, dass der Distrikt für die Variante 2 ist, weil diese die größte Lärmentlastung bietet (Variante 3 würde die

Häuslinger belasten); die Entlastungswirkung für Büchenbach hängt nicht von der Trassenführung ab, sondern davon, ob die Zufahrt über Mönau- und Kernbergstraße zum Büchenbacher Damm unterbrochen und damit der Weg über den Ring gleich welcher Variante überhaupt erst attraktiv gemacht wird. Der Ringschluss löst die Erschließungsprobleme im Stadtwesten, daher ist eine Diskussion über den Kosbacher Damm überflüssig.

### 3. Sonstiges

· Siegfried Pilawa berichtet, dass es am Würzburger Ring Probleme mit großen Hunden gibt, die nicht angeleint ausgeführt werden und andere Hunde anfallen. Die Stadt habe bisher keine Hundeordnung. Die Stadträtinnen wollen sich darum kümmern, dass eine solche erlassen wird.

Philipp Dees



## Arbeitskreis Wirtschaftspolitik

**Mittwoch 17. März, 20.00  
Uhr, August-Bebel-Haus**

**Thema:**

**Grundlagen einer alternativen  
Wirtschaftspolitik**

**Ökonomische Auswirkungen der  
AGENDA 2010**

Für den AK

Dieter Rosner

T. 50 24 81

Mail dieter.rosner@fen-net.de

## Unglaublicher Auftritt der CDU-Delegation in der Türkei

Zur Türkeireise der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Günter Glöser:**

Die zweitägige Türkeimission der Unionsgründerin Merkel und Schäuble war ein Misserfolg auf der ganzen Linie. Sie haben die Glaubwürdigkeit der EU infrage gestellt und die bilateralen Beziehungen zur Türkei massiv beschädigt. Das Mitbringsel der so genannten privilegierten Partnerschaft hat sich als Flop erwiesen.

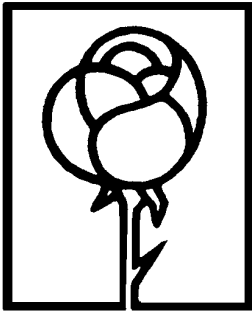
Immerhin konnte die Welt von Merkel erfahren, dass die jahrzehntelangen Versprechungen einer europäischen Perspektive für die Türkei und die einstimmigen Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU, darunter die Zusagen von Helmut Kohl, „nicht ehrlich“ waren. Dass am Ende dieses langen, von der angeblichen Unehrlichkeit der europäischen und deutschen Türkei politik der letzten 40 Jahre geprägten Weges nach dem Willen der CDU/CSU-Vertreter nur die privilegier-

te Partnerschaft übrig bleibt, muss der Türkei und unseren türkischen Mitbürgern wie ein Hohn vorkommen. Mit diesem Trostpflaster sollen alle türkischen Erwartungen erfüllt werden, die seit 1963 geweckt und immer wieder genährt wurden.

Allerdings mussten Merkel und Schäuble sich belehren lassen, dass die Türkei kein Angebot will, das es seit der Zollunion und dem Assoziierungsabkommen mit der EU längst gibt. Sie will auch keinen so genannten Dritten Weg - bekanntlich sind die „Dritten Wege“ allesamt gescheitert. Die Türkei will, wenn die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt sind, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU, um langfristig die Mitgliedschaft zu erreichen.

Gerade zu rührend mutet das Versprechen von Frau Merkel an, CDU/CSU würden im Europawahlkampf das von ihnen selbst propagierte Thema gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht populistisch ausschlagen. Wir alle dürfen gespannt sein.

**ASF**



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114  
 Birgit Hartwig Tel.: 55939  
 Hildegard Gröger Tel.: 502415  
 Julie Mildenberger Tel.: 23435

**Protokoll der Jahreshauptversammlung der AsF Erlangen am 7.1.04**

**1. Aktuelles**

- 25 Jahre AsF am 6.2.04 von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr im Historischen Saal der VHS, Friedrichstr. 19 (Einlass ab 18.30 Uhr mit Möglichkeit zum Gespräch) 3. Feb. um 19.00 Uhr im IGMetall-Saal: Gründung Sozialforum Erlangen (ATTAC lädt ein)
- Helene Grill bekommt am 14. Jan. um 17.00 im Rahmen des DGB-Neujahrsempfang Ehrenbrief der Stadt Erlangen im Bereich Wirtschaft
- 8. März 19.30 Uhr Empfang 70 Jahre Ursula Rechtenbacher im Historischen Saal VHS

**2. Rechenschaftsbericht 2003**

Wir danken Elly Pöschl und Maria Schmeets, dass sie wieder alle Aktivitäten der AsF auf das Genaueste auf-

geschrieben und Presseartikel archiviert haben.

**3. Die Entlastung des Vorstands erfolgte einstimmig**

**4. Neuwahlen:**

Der künftige AsF-Vorstand besteht aus 4 Mitglieder (einstimmig). Es wird in geheimer Wahl gewählt.

Stimmberechtigte Mitglieder: 13

Birgit Hartwig: 13

Gabi Dorn-Dohmstreich: 13

Julie Mildenberger: 13

Hildegard Gröger: 13

Alle nehmen die Wahl an.

Für die Vertreterin im KV und im GKV wird einstimmig beschlossen, dass nicht gewählt wird:

KV: Gertrud Reich-Schowalter, Birgit Hartwig

GKV: Hildegard Gröger

Die Delegiertenwahlen werden verschoben. Elly Pöschl und Maria Schmeets übernehmen weiterhin das Archiv.

Vertreterin im Frauengruppentreffen (einstimmig):

Gunda Gerstenmeyer

**5. Jahresplanung:**

- 4.2.: AsF-Leitbild (Die Macht der Frauen entscheidet über die Zukunft (Internet)

Kinderlose Frauen finanziell zu strafen (Wunsch von Maria Schmeets)

- Kontakt mit Gleichstellungsstelle
- Gemeinsames Treffen mit den Stadträtinnen
- Steuerreform - Umgang mit Alleinerziehenden - Erziehungsgeld
- Europapolitik - Liberalisierung - GATS (Europawahlkampf) (AsF-UB-Veranstaltung?)
- Sigrid Skarpelis-Sperk (13. Mai-KMV): feste Zusage, Thema GATS

**6. Verschiedenes:**

- Frauenempfang (Veranstaltung des UB der Partei): 14. März 11.00 Uhr mit Monika Lochner-Fischer zum Thema „Kopftuch“ wahrscheinlich im Kosbacher Stadl (angefragt: Mitra Scharif)
- Seminar Gender Mainstreaming Frankenwarte Ende Jan
- Die nächste AsF-Bezirkskonferenz findet mit Neuwahlen statt (Termin?)
- AsF-Europawahlveranstaltung im Landkreis, Heide verspricht Zuarbeit
- AsF-Bundeskonferenz: Delegierte au ERH
- 8.2. Lilja 4-ever
- 22. Jan. Veranstaltung in der VHS Projekt Caro: Frauenhandel an der tschechischen Grenze (Buch: "Kinder auf dem Strich")

Für das Protokoll

Gabi Dorn-Dohmstreich

Liebe Frauen,

wir laden zu unserer AsF-Sitzung am **3.3.04 um 20.00 Uhr in das August-Bebel-Haus** ein.

**TOP:**

- 1. Aktuelles**
- 2. Anträge zur Pflegeversicherung (für April-KMV)**
- 3. Weitere Arbeitsplanung**
- 4. Berichte**
- 5. Verschiedenes**

Terminvorschau:

- 8.3. Ausstellungseröffnung Notruf
- 8.3. Geburtstagsempfang Ursula Rechtenbacher
- 14.3. Frauenempfang zum 8. März
- 31.3. AsF-Sitzung (vorgeschoben wegen Osterferien)

## Sentimental Journey für die ASF

ASF heißt: „alles super Frauen!“

Ganz egal, ob alt, ob jung.

Lasst uns, heute einmal rückwärts schauen,  
schweigen in Erinnerung.

Jahre, ach, wie sie verfliegen, Jahre,  
mit den Jahren gehn die Haare  
aus und auch die Zähne.  
Gott sei dank,  
denn das macht schlank!

Ja, in fünfundzwanzig | langen Jahren  
habt ihr Frauen viel geschafft.  
Alle Männer waren schwer beeindruckt  
ham' mit offenem Mund gegafft.

Männer, sie sind ja nicht dumm, die  
Männer.  
Vom Direktor bis zum Penner  
lassen sie entspannt  
die Arbeit ruhn,  
weil wir sie tun.

ASF heißt „Alles starke Frauen“!  
Denn euch war schon immer klar:  
„Wir sind gut, wir müssen uns nur trauen,  
dann wird alles wunderbar.“

Träume, ganz am Anfang standen  
Träume  
damals trugen eure Bäume  
lauter goldne Früchte  
die ihr jetzt für Most ansetzt.

ASF heißt: alle sollen feiern,  
dass die Partei noch existiert.  
Denn wer weiß, wann Gerd, der  
Reformator  
die SPD wegreformiert.

Ursula Walther

Dieses Gedicht wurde musikalisch vorgetragen von 'dezi-bella', Erlanger Frauenchor anlässlich der 25-Jahr-Feier der AsF Erlangen

## 25 Jahre AsF Erlangen



Information und Gespräch



Jule Mildenberger und Hildegard Gröger (v.l.) führen durch das Programm, im Hintergrund der Erlanger Frauenchor dezibella



Die Festrednerin Lissy Gröner erhält als Dankeschön eine Blumenschale



**Protokoll der AsF-Sitzung am 4.2.04**

**1. Aktuelles**

Für die 25-Jahre AsF-Feier ist alles organisiert.

Für den Frauenempfang am 14.3. hat Mitra Sharifi zugesagt.

**2. Finanzielle Abstrafung von kinderlosen Frauen**

Maria Schmeets berichtet über die Änderungen der Pflegeversicherung, die insbesondere kinderlose Frauen finanziell abstrafen. Der Gesetzesentwurf Ulla Schmidts sieht vor, dass während Kindererziehung weniger in die Pflegeversicherung gezahlt werden muss. Dies ist auch durch ein Gerichtsurteil bestätigt worden. Allerdings gilt dies auch für alle anderen Sozialsysteme in gleicher Weise. Der Gesetzesentwurf wurde durch den Kanzler abgeblockt.

Vor allem sollte man auch eines bedenken: 2 Mill. Frauen hatten durch die gefallenen Soldaten keine Möglichkeit eine Ehe einzugehen. Sie wurden geächtet, falls sie ein uneheliches Kind bekamen. Durch die Änderung der Pflegesätze werden gerade sie besonders betroffen. Die Pflegestufe I wird bei Heimpflege um 51% auf 500 gekürzt; das bedeutet Millionen alter Frauen werden zum Sozialfall. Als Begründung der Kürzung wird genannt, es soll kein Anreiz dafür geschaffen werden, dass alte Menschen in Heime abgeschoben werden. Es sind nur 20% der zu pflegenden Personen sind in Heimen.

Massenweise werden die zu pflegenden Personen in die Sozialhilfe gedrängt. Es gibt leider keine gesamtwirtschaftlichen Rechnungen. Die Pflegenden - meistens auch wieder wird Frauen - müssen den Beruf aufgeben und durch die Überforderung

können auch sie krank werden. Die Pflegeversicherung soll der solidarische Ausgleich sein. Statt dessen werden die verschiedener Gesellschaftsgruppen gegeneinander aufgehetzt. Die Menschen werden nur auf ihren monetären gesellschaftlichen Wert reduziert und die Menschenwürde wird ganz außer Acht gelassen.

Der CSU-Vorschlag sieht sogar vor, dass Menschen mit Kinder mehr Rente bekommen sollen und gleichzeitig weniger einzahlen. Zusätzlich soll die Hinterbliebenen-Rente abgeschafft werden, da Frauen eine eigene Rente erwerben. Nicht bedacht wird auch da wieder, dass Frauen durch Kindererziehung und Pflege an der Erwerbung gleicher Rentenanwartschaften wie die Männer gehindert werden. Dieser Vorschlag ist auch nicht vereinbar mit Grundgesetz.

Wir fordern Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Die BRD ist das Schlusslicht in Europa bei der Kinderbetreuungsmöglichkeiten von Kindern unter 3 Jahre. Außerdem müssen die Rentenkassen durch Steuergelder wieder aufgefüllt werden. Schließlich sind sie bei der Finanzierung rentenfremden Leistungen und bei der Wiedervereinigung geplündert worden.

Unsere Vorschläge zur Finanzierung:  
Mehr Einnahmen in die Rentenkasse durch

- Verbreiterung der Basis (Beamte, Selbständige),
- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze,
- Abschaffung des Ehegattensplitting (unsere alte Forderung!) und
- Einführung der Wertschöpfungssteuer

Im übrigen ist es ein Skandal, dass die größte Entlastung durch die Steuerreform bei den kinderlosen Singles stattfindet!

**3. AsF-Leitbild-Entwurf**

Wir kritisieren daran, dass nur noch Gender Mainstreaming als einziges Instrument für Gleichstellungspolitik angesehen wird. Wir wollen, dass auch unsere anderen Instrumente langfristig weiterentwickelt werden. Hildegard formuliert eine Antwort an die Bundes-AsF.

**4. Verschiedenes**

- Bericht vom Frauengruppentreffen: Die Frauenbeauftragte vom Arbeitsamt (Frau Schwarz) berichtet, dass durch die neuen Einsparungen sind wieder die Frauen betroffen. Z.B.: Die Kurse müssen eine Erfolgsquote von 70% aufweisen. Diese zur Streichung von Teilzeit-Kursen.

- Ausstellung Frauengeschichte in Mittelfranken: Sie ist ein Ergebnis unseres Stadtratsantrags Riester-Rente: Es ist für Frauen, die geschieden sind und Unterhalt bekommen, nicht möglich, eine Vorsorge zur Alterssicherung durch Abschluß einer Riester-Rente zu treffen.

- Freiwillige Vereinbarung „Frauenförderung in der Wirtschaft“: Bilanz 2003 – Bericht liegt vor (Geschlechtsspezifische Evaluierung zur Maßnahmen der Hartz-Reform)

Für das Protokoll  
Gabi Dorn-Dohmstreich

**Redaktionsschluss  
für den nächsten Monatsspiegel  
Ausgabe April 2004  
24. 3. 2004**



Vorsitzende:  
 Birgit Brod  
 e-mail:  
 biggibrod@gmx.de

Unsere Termine im März:

**2.3. Sitzung 20.00 August-Bebel-Haus**

**16.3. Jahreshauptversammlung**

(Ort wird u.a. auch noch einmal auf der neuen SPD-Homepage bekannt gegeben)

**30.3. Neumitgliedertreffen**

(Ort siehe ebenfalls Homepage)  
Birgit Brod



Vorsitzende:  
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Unser Treffen Im März 2004 findet am  
**11.3.2004**  
**im August-Bebel-Haus**

statt.

**Thema:**

**Vorbereitung des Europa-Wahlkampfes. Hierzu hat die Genossin Dagmar Paliwal ihr Kommen zugesagt.**

Brigitte Mugele.

### **Rechenschaftsbericht 60plus 2003.**

Liebe GenossInnen!

Das Jahr 2003 war für 60plus ein sehr trauriges, weil unser aktiver, engagierter stellvertretender Vorsitzender Erik Schroeder plötzlich und gänzlich unerwartet verstorben ist. Wir denken oft an ihn, denn er fehlt uns sehr: seine Ideen, seine mentale Stärke, seine stetige Einsatzbereitschaft sind nicht zu ersetzen. Der Spruch: "jeder Mensch ist zu ersetzen" stimmt einfach nicht. Dennoch bemühen wir uns, auch in seinem Sinn weiterzuarbeiten, was nicht leicht ist. Vor allem deshalb nicht, weil die Arbeit auf nur wenigen Schultern ruht; denn die älteren GenossInnen lassen sich bei den monatlichen Treffen nur selten in größerer Zahl blicken. Daher noch einmal hier ein Aufruf: kommt bitte zu unseren Meetings!

Unser Programm 2003 war ansonsten ganz abwechslungsreich: nach den Vorstandswahlen im Januar informierte uns der Leiter des Sozialamtes, unser Genosse Otto Vierheilig, bei der AWO West über die neue Grundsicherung. Frau Kokocinski berichtete über die Arbeit und die Ziele des Vereins Dreycedern und das gemeinsame Projekt "Bistro Dreycedern-Sprungbretter". Nach dem Kerwa-Treffen am Berg folgte das alljährliche Sommerfest bei Brigitte Mugele. Intensiv wurde auch Wahlkampf für Wolfgang Vogel und

Dagmar Paliwal gemacht, wobei die gemeinsam mit den Jusos geplante Sitzung zum Dialog der Generationen und der Plattlinger Erklärung leider keine Resonanz in der Öffentlichkeit fand.

Mehrfach haben wir über die Wahlergebnisse diskutiert, die für Wolfgang Vogel ein gutes Ende genommen haben. Hierzu noch einmal Glückwunsch!

Das Jahr wurde abgeschlossen durch eine schöne Weihnachtsfeier im Bistro Dreycedern-Sprungbretter.

Unser Wunsch für das Jahr 2004 noch einmal: bitte, erscheint wenigstens ab und zu einmal im Monat bei 60plus!

Eure Brigitte Mugele.

### **Zu den Problemen der Pflegeversicherung**

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus hat auf ihrem Bundeskongress am 3./4. 2003 in Halle folgenden Antrag verabschiedet:

Die SPD 60 Plus wendet sich gegen neue Vorschläge, die Probleme der Pflegeversicherung zu Lasten der Leistungsempfänger zu lösen. Insbesondere lehnt sie die einseitige Erhöhung des Beitragsaufkommens bei Rentnern von 0,85 auf 2,6 Prozent aus ihren Bezügen um mehr als das Dreifache wegen der Streichung des bisherigen staatlichen paritätischen Beitrags ab. Gleichzeitig hält sie

- die Kürzung der Zuschüsse für die stationäre Pflege
  - die Zusammenlegung von ambulanter und stationärer Pflege in zentral verwaltete private Pflegekonten
  - die Streichung der Pflegestufe eins
- für untaugliche Mittel, um mit den Problemen der Pflegeversicherung fertig zu werden.

Helmut Riekert

### **An die Bundesministerin**

#### **Für Gesundheit und soziale Sicherung**

**Frau Ulla Schmidt**

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Ulla,

es kann nicht wahr sein, dass neben dem „Renten-Klau“ (Bild-Zeitung vom 31.12.03)

nunmehr auch die Pflegeversicherung für die Heime gekürzt werden soll.

Weißt Du, was das bedeutet? Hast Du nie von Skandalen in Heimen gehört? Statt dort die Pflege zu verbessern und neue Versorgungsformen zu schaffen, besonders für demente alte Menschen, wird sie schlechter werden. Das verstößt gegen die Menschenwürde und darf nicht geschehen. Mehr Geld für die ambulante Pflege wird die Heime auch in Zukunft nicht überflüssig machen.

Es wird vielmehr so kommen, dass wieder weit mehr Menschen Sozialhilfe bzw.

Grundsicherung benötigen und Töchter und Söhne herangezogen werden; das wird den Generationenkonflikt verschärfen, zumal auch die Kommunen kein Geld haben und nichts mehr ausgleichen können.

*Als ein Beispiel schicke ich Dir die Heimkosten einer alten Dame mit 1000 Euro Rente mit: trotz Pflegestufe 1 mit jetzt noch 1023 Euro muss sie 1268,10 Euro zuzahlen, d.h., dass sie nichts mehr besitzt, keinen Cent Taschengeld hat, keine Kleidung, nichts mehr kaufen kann!*

Sollen unsere Eltern und unsere pflegebedürftigen MitbürgerInnen eine solche und noch schlimmere Zukunft haben? Das kannst Du nicht wollen! Es ist doch unser Motto:

„Stark sein für die Schwachen“ und nicht: „Stark sein für die Starken“ („Elite-Universität“)!

Liebe Ulla, wir von 60 plus hoffen auf Dich! Es gibt andere Wege der Finanzierung!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Brigitte Mugele

Vorsitzende von 60 plus Erlangen

## Wir gratulieren zum Geburtstag:

März 2004



Wir möchten allen, die im März ihren Geburtstag feien, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

04.03.	Reinhilt Häusler 60 Jahre	16.03.	Fritz Halbmeyer 84 Jahre
05.03.	Hans Höll 90 Jahre	18.03.	Werner Maly 70 Jahre
09.03.	Adi Albrecht 70 Jahre	20.03.	Wernfried Gebhardt 74 Jahre
11.03.	Paul Vath 50 Jahre	21.03.	Adelheid Gutberlet 78 Jahre
14.03.	Heinrich Merkel 78 Jahre	24.03.	Else Dorsch 94 Jahre
16.03.	Georg Dittrich 73 Jahre	25.03.	Karin Rokos 60 Jahre
		30.03.	Siegfried Meyer 73 Jahre

## Dr.med.h.c. Werner Maly wird 70

# Topmanager und Sozialdemokrat

Werner Maly, am Ende seiner Karriere bei Siemens als Personalvorstand und Arbeitsdirektor Mitglied des Zentralvorstandes der Siemens AG, stammt aus einer sozialdemokratischen Traditionsfamilie in Nürnberg.

Sein Großvater war um die Jahrhundertwende Sekretär der Schuhmachergewerkschaft und später sozialdemokratischer Stadtrat in Nürnberg ebenso wie sein Vater 1933 für die SPD in den Nürnberger Stadtrat einzog.

Als Werner Maly am 18. März 1934 geboren wurde, saß sein Vater als Häftling im Konzentrationslager Dachau. Im Krieg wurde die Familie ausgebombt und verbrachte drei Jahre in einem kleinen Dorf bei Schwabach, wo Werner die einklassige Dorfschule besuchte.

Gleich nach Kriegsende engagierte sich die ganze Familie Maly wieder in der Arbeiterbewegung. Werner trat mit seinen beiden Geschwistern in die sozialistische Jugend „Die Falken“ ein,

die Eltern waren in der Partei und in der Arbeiterwohlfahrt aktiv.

1951 ging Werner Maly, der nach dem Krieg die Wirtschaftsoberrealschule besuchte, als einer der ersten Austauschschüler in die Vereinigten Staaten.

Von dort zurückgekehrt, trat er 1952 mit 18 Jahren in die SPD ein und wurde schnell „Straßenvertrauensmann“, also kassierte Beiträge und verteilte Einladungen und Flugblätter.

1954 begann Werner Maly sein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und jobbte nebenbei als Fahrer in der Fahrbereitschaft des deutschen Bundestages und war später Mitarbeiter der damaligen Bundestagsabgeordneten und späte-



Werner Maly (3 v.l.) erhält 2002 die Urkunde für 50-jährige Parteimitgliedschaft

ren Familienministerin Käthe Strobel, seiner Tante. In dieser Zeit wurde sein politisches Weltbild besonders von Carlo Schmid, Fritz Erler und später Helmut Schmidt geprägt.

Zu Haus in Nürnberg arbeitete er im Parteiausschuss mit, wurde in den

siebziger Jahren stellvertretender Vorsitzender des Unterbezirks und zudem Vorsitzender der Schiedskommission.

1960 geht Werner Maly zu Siemens und beginnt seine Karriere als Tarifangestellter bei den Siemens-Reiniger-Werken in Erlangen. Aus Vorträgen und Reden in der Öffentlichkeit ist er als Sozialdemokrat bekannt, was zu einzelnen Versuchen führt, seinen Aufstieg in der Firma einzuschränken. Ein Machtwort des damaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Plettner setzt dem ein Ende. Mit der fachlich und menschlich allseits geschätzten jungen Führungskraft Werner Maly geht es kontinuierlich aufwärts.

Ab 1977 ist er vier Jahre für Siemens in den USA tätig, dem schließen sich drei Jahre in der Siemens Zentralabteilung Betriebswirtschaft in München an. Von dort kehrt er 1983 an den Ausgangspunkt seiner Siemenslaufbahn, nach Erlangen, zurück, zunächst als kaufmännischer Leiter, dann ab 1988 als Gesamtleiter des Bereiches Medizinische Technik und Mitglied im Siemensvorstand ab 1989.

In dieser Zeit Malys an der Spitze des ältesten Erlanger Siemensbereichs, der Medizin- Technik, kommt dem Unternehmen, dem Großraum Nürnberg und Erlangen die reiche Erfahrung zu

Gute, die Werner Maly als Führungskraft der Siemens AG im In- und Ausland, aber auch als politisch engagierter Mitbürger sammeln konnte.

So setzt er die beim „UBMed“ bewährte Tradition des guten Zusammenwirkens von Bereichsleitung und Betriebsrat auch in schwierigen Zeiten konsequent und erfolgreich fort – sein Partner dabei ist Oskar Sölch in der Nachfolge von Peter Zink -; er beteiligt sich engagiert an der Diskussion, wie die Wirtschaftskraft und das Image unseres gemeinsamen Wirtschaftsraumes Nürnberg-Fürth-Erlangen nachhaltig verbessert werden kann und ist offen für moderne Formen einer Public Private Partnership wie z.B. beim Festival des Hörens und der Heizkesselhilfe für Wladimir.

1994 dann die Krönung seiner erstaunlichen Karriere im Hause Siemens. Werner Maly wird nach München als Personalvorstand und Arbeitsdirektor in den Zentralvorstand der Siemens AG berufen, das höchste Leitungsgremium des Unternehmens, dem er bis zu seiner Pensionierung 1998 angehört.

„Eine Innovation ist erst dann eine Innovation wenn sie realisiert ist. Sonst bleibt sie eine Idee oder ein Gedanke.“

Werner Maly, ehemaliges Mitglied des Vorstands, Siemens AG

Werner Maly, Topmanager und Sozialdemokrat – was zeigen uns sein Lebensweg und seine Lebensleistung? Politisches Engagement und erfolgreiches Wirken in der Wirtschaft schließen sich nicht aus. Im Gegenteil. Es nützt dem Unternehmen und der Allgemeinheit, wenn Führungskräfte in der Wirtschaft neben der unternehmerischen Kompetenz auch über Erfahrungen und Einsichten in die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge verfügen, die nunmal über politisches Engagement besonders gut vermittelt werden.

Wir Sozialdemokraten im Großraum Nürnberg und ganz besonders auch in Erlangen danken Dir, lieber Werner Maly, dass Du Dich auf allen Stationen Deiner eindrucksvollen unternehmerischen Karriere immer zu Deiner sozialdemokratischen Grundhaltung bekannt und Deiner Partei nun schon über 50 Jahre die Treue gehalten hast.

Wir gratulieren Dir herzlich zu Deinem 70. Geburtstag, wünschen Dir für die Zukunft alles Gute und setzen auf einen weiterhin engagierten Genossen.

Dietmar Hahlweg

## Glückwünsche an Adi Albrecht

Wir gratulieren Adi Albrecht zu seinem 70. Geburtstag am 9. März. Als langjähriges Vorstandsmitglied im Distrikt Frauenaurach und Vertreter im Kreisvorstand hat er die Geschicke seines Distrikts engagiert mitgestaltet. Auch war er einer der Initiatoren unseres Frauenauracher ECHOs. Vor allem durch seine gestalterischen Ideen und sehr guten Fotos - manchmal aus ungewöhnlichen Perspektiven heraus - gab er unseren Publikationen immer ein interessantes Aussehen. Er ist seit langen Jahren Mitglied des Ortsbeirates Hüttendorf. Außerdem engagiert er sich noch bei 60plus.

Gabi Dorn-Dohmstreich

## Glückwünsche an Josef Kleber

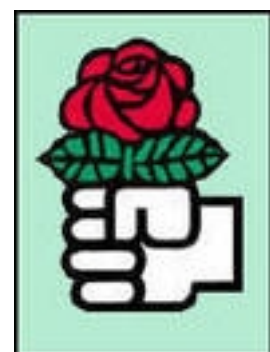
Unser Genosse Josef Kleber, ehemaliger ehrenamtlicher Stadtrat, feierte am Dienstag, 3. Februar, seinen 70. Geburtstag.

In der Funktion als langjähriges Mitglied des Ortsbeirats von Kriegenbrunn, vor allem aber auch 1974 bis 1978 als ehrenamtliches Mitglied des Stadtrates hat sich der Jubilar große Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung erworben und wurde dafür im Jahr 2002 durch die Stadt mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Auch hat er lange Jahre dem Distrikt Frauenaurach als Vorstandsmitglied angehört und auch heute noch prüft er die

Kasse als Revisor. Wir danken ihn dafür und gratulieren ihm ganz herzlich.

Gabi Dorn-Dohmstreich





## Zum 60. Geburtstag von Norbert Fuchs

### Auszüge aus der Ladatio von Wolfgang Vogel

...Norbert ist:

gefürchteter Zwischenrufer von der letzten Bank, der dadurch oft von hinten her heftige Heiterkeitswellenberge hervorruft, die sich manchmal überschlagend auf der vom OB her gesehenen linken Seite des Ratssaals fortbewegen bis sie an der schwarzen Mauer zuerst abprallen, sie letzten Endes doch durchschlagen, um dann bei manchen in der letzten Reihe der CSU in einem erstauntem Kopfschütteln auszulaufen

...

Unbeeindruckt von den visionären Vorgaben eines Dietmar Habermeier, Dietmar Hahlwegs oder Helmut Pfisters hat er sich konsequent der Fahrradfahrerstadt Erlangen verweigert, indem er es – angeblich mangels technischer Fertigkeit- erfolgreich ablehnt, Rad zu fahren.

Passionierter Raucher – seine Lunge ist – neben seinem Humor - wohl das einzige Schwarze an ihm – sturer, kauziger Kopf, der gesundheitliche Ratschläge und persönliche Tipps seiner FreundInnen mit einer schon bewundernswerten Konsequenz in den Wind schlägt

Begeisterter Kartenspieler (Schafkopf):

Habe mir erzählen lassen, wer jemals mit ihm gespielt hat, weiß wie lustig und interessant ein solcher Abend abläuft – großer Erzähler, kabarettistische Wortwechsel mit Strich, der dadurch auch nach dem fünften Mal nicht merkt, dass er schon wieder mit dem Geben dran ist.

Er schaut hinter die Kulissen, tratscht mit einer kindlichen Freude oder vornehmer Ausgedrückt: interessiert sich für die Geschichten am Rande, weiß

wer wer ist um warum wer wer ist. So hat er sich mit Geli Balleis schon geduzt, getratscht, geraucht als unser OB noch gar nicht wusste, in welches Schicksal er hineinläuft.

Seine Herzensanliegen:

- Schlachthof (weder BSE noch Schweinepest konnten ihm was anhaben),
- kommunaler BBB BedürfnisBedarfsB(p)lan
- Abbau der Wegweiser nach Gräfenberg

Wir brauchen ihn und sind froh und glücklich, dass wir ihn haben, wir schätzen seine fachliche Kompetenz, seine Integrität, sein weiches Herz, das er hinter der oberfränkischen harten Schale halt doch nicht verbergen kann, wir mögen ihn, wir brauchen ihn und wir sind überzeugt, dass es um das Ansehen der Politik viel besser stünde, wenn es in den Reihen der Politikerinnen und Politiker aller Couleurs mehr von solchen eigenwilligen, konsequenten, zuverlässigen, ehrlichen und sympathischen Persönlichkeiten gäbe.

Ich will unser Geburtstagskind nicht persönlich ansprechen, aber ich bitte nun Dich lieber, Norbert, wenn Du ihn siehst, richte ihm all das aus und sag ihm, er soll so bleiben wie er ist.

## Großer Empfang für Robert Thaler

Die gute Zusammenarbeit der beiden Kreisverbände Erlangen und Erlangen-Höchstadt unterstrichen die zahlreichen Gäste aus dem Erlanger Umland beim Geburtstagsempfang für **Robert Thaler** im Rathaus.

An der Spitze mit unserem Landrat **Eberhard Irlinger** waren der Fraktionsvorsitzende **Jörg Bubel** und weitere Kreistagsabgeordnete gekommen. Der SPD-Vorsitzende des Landkreises **Fritz Müller** brachte ein Gedicht mit, dass wir auch unseren Lesern vorstellen möchten:

Lieber Robert,  
versammelt hier die große Schar,  
geworden bist Du sechzig Jahr,  
aus diesem Anlass wollt ich meinen,  
ein paar Sätze Dir zu reimen.  
Der eine sagt, Du kannst gut schlichten,  
der andere meint, Du wirst's schon richten,  
die Turbulenz, die ich hier seh,  
mit der Erlanger SPD.  
Du bist der richt'ge Mann dafür,  
hattest schon immer das Gespür,  
was richtig oder falsch ausgeht,  
und hast getan was notwendig.  
Einen Kreisverband zu leiten,  
heißt oftmals den Konflikt vermeiden,  
das tust Du wie wir alle wissen,  
manchmal auch mit Kompromissen.  
Dabei musst Du nicht verbiegen,  
Deine innersten Anliegen,  
gradlinig und auf's Ziel gerichtet,  
setzt Du durch, was für uns wichtig.  
Gute Nachbarn wollen wir sein,  
haben deshalb unsren besten Wein,  
Dir mitgebracht, Du kannst Dich freun,  
nun trink ihn auch mit Deinen Getreuen..  
Nochmals herzlichen Glückwunsch,  
viel Glück und Gesundheit im  
neuen Jahrzehnt.

**Redaktionsschluss  
für den nächsten Monatsspiegel  
Ausgabe April 2004  
24. 3. 2004**



# SPD - Rathaustelegramm

## Konstruktives Gespräch zwischen den Fraktionen

### SPD Stadtratsfraktion Erlangen und SPD Kreistagsfraktion Erlangen-Höchstadt setzen auf Informationsaustausch

Die jeweilige Haushaltssituation, die erhöhten Gebühren für Umlandbewohner, das achtstufige Gymnasium und die Verkehrsanbindungen waren Themen ihres regelmäßigen Meinungsaustausches zu dem sich Landrat Eberhard Irlinger und die Fraktionsvorständen der SPD Stadtratsfraktion und der SPD Kreistagsfraktion trafen.

Beide Fraktionen bekräftigten ihr Haltung, dass eine Gebührenerhöhung für auswärtige Nutzer von Erlanger Einrichtungen ein falsches Signal darstellt. Damit werden die Einrichtungen – insbesondere die Volkshochschule – durch sinkende Teilnehmerzahlen in eine Schiefelage gebracht und es wird ihnen zusätzlich bürokratischer Aufwand zugemutet. Außerdem können damit Finanzprobleme nicht gelöst werden. Statt dessen sieht **Gisela Niclas** Vorsitzende der Erlanger SPD Fraktion, die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht „über eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Stadt als Oberzentrum ihre Aufgaben erfüllen kann. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft.“



Die SPD Kreistagsfraktion sieht hier ebenfalls die Verpflichtung der Stadt als Oberzentrum gemeinsame Aufgaben auch für das Umland mit wahrzunehmen. „Die Kommunen müssen eine angemessene Finanzausstattung zu Erfüllung ihrer Aufgaben von der Bayerischen Staatsregierung erhalten. Eine rücksichtslose Entschuldung auf Kosten und zu Lasten der Kommunen ist nicht akzeptabel.“ stellte der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion, **Jörg Bubel**, klar.

Bei der Diskussion um das achtstufige Gymnasium unterstrich Landrat **Eberhard Irlinger** erneut seine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einführung: „Viel wichtiger als die sofortige Einführung des achtstufigen Gymnasiums ist es, das bestehende neunjährige Gymnasium inhaltlich zu verändern.“

Beide Fraktionen sind sich darin einig, dass zuerst „die grundsätzliche Frage, bearbeitet werden muss, welche Aufgabe Schule jetzt und in Zukunft hat, bevor in einer Hau-Ruck Aktion das achtstufige Gymnasium flächendeckend von oben übergestülpt wird.“

Eine Ausleseschule nach CSU-Modell, ohne Förderung und Heranführung an die Anforderungen lehnt die SPD als nicht zukunftsgerichtet und den Schülern nicht dienlich ab.

Jede sinnvolle Reform kann nur in enger Abstimmung mit den Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden erfolgen.

## SPD-Fraktion startet mit neuem Internetauftritt

### Aktualität und Transparenz für Bürger sichergestellt



Mit einem neuen Internetauftritt richtet sich die Erlanger SPD-Stadtratsfraktion an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Mit ihrem Internet-Auftritt versucht die SPD Fraktion ihre vielfältigen Tätigkeiten den Erlanger Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Aktuell sollen alle Anträge und Anfragen der SPD Fraktion für die interessierte Öffentlichkeit eingestellt werden. „Transparenz ist uns ein besonderes Anliegen: Wir wollen den Bürgern zeigen, was wir machen und was im Rathaus passiert“ erklärt Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas die Intention des Internet-Auftritts der SPD Fraktion.

Unter [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de) können aktuelle Anträge und Pressemeldungen der SPD Fraktion ebenso eingesehen werden wie das kommunalpolitische Programm und die Porträts der Stadträtinnen und Stadträte.

Ziel der Website ist es, den Besuchern möglichst viel Information zu bieten. Zu diesen Gunsten wurde auf grafische Spielereien weitestgehend verzichtet.

Die SPD-Stadtratsfraktion freut sich auf viel „virtuellen Besuch“. [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)



## SPD – Rathaustelegramm

### SPD spricht sich gegen Verkauf von GeWoBau-Grundstücken aus

Die SPD Fraktion begrüßt es, dass die GeWoBau zur Abrundung der Anger-Sanierung eine Seniorenwohnanlage sowie Eigentumswohnungen errichten wird. „Wir fragen uns allerdings, warum das nicht auch in Zukunft in Erbpacht geschehen kann. Warum müssen nun eine Reihe von Grundstücken unbedingt von der GeWoBau gekauft werden? Soll wieder einmal die GeWoBau zur Sanierung des städtischen Haushalts erhalten?“ so Gisela Niclas, Vorsitzende der SPD-Fraktion Erlangen.

Die SPD Fraktion hat daher in der letzten Stadtratssitzung folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von der Verwaltung sowohl unzureichend beantwortet, als auch von der Stadtratsmehrheit abgelehnt wurde:

„Betreffend die **Hertleinstr. 9-19** bitten wir detailliert aufzuzeigen, aus welchen Gründen ein Verkauf des Grundstückes der Stadt Erlangen an die GeWoBau erfolgen soll. Angesichts der Finanzausstattung der GeWoBau und der mit der Errichtung der Neubauten verbundenen Kostenbelastung ist dies im Sinne der Erhaltung der finanziellen Balance unseres stadteigenen Unternehmens aus den uns vorgelegten Unterlagen derzeit nicht nachvollziehbar.

Betreffend die **Seniorenwohnanlage Hertleinstr. 5/7** bitten wir um Beantwortung der Frage, warum zur Errichtung des Neubaus das Grundstück von der GeWoBau erworben werden muss. Wir beantragen aufzuzeigen, wie unter Beibehaltung der Erbbaupacht das Projekt finanziell realisiert werden könnte.

Betreffend den **Neubau der Eigentumswohnanlage Hertleinstr. 21/23** mit 25 Wohneinheiten beantragen wir, im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf seitens der Stadt an die GeWoBau folgende Ergänzungen in den Beschlussvorschlag auf Seite 2/nichtöffentlicher Teil mit aufzunehmen:

- Die Eigentumswohnungen werden in erster Linie den Mietern und Mieterinnen der GeWoBau aus dem Anger bzw. aus anderen Erlanger Stadtteilen angeboten.
- Im Interesse der Zielsetzung, jungen Familien aus dem Wohnquartier bzw. aus anderen GeWoBau-Bereichen den Erwerb von Eigentum zu erleichtern, werden entsprechende Kriterien entwickelt und angewandt. (Vergleiche Verkauf von Grundstücken im Erlanger Westen, bzw. Siedlungsprojekt Röthelheimpark)
- Beim Verkauf der Wohnungen ist eine Eigennutzung von mindestens 10 Jahren sicherzustellen.
- Bei der Detailplanung des Projektes soll der Kriterienkatalog für das „frauen-, familien-, kinder-, senioren-, und behindertengerechte Wohnen unter Berücksichtigung der ökologischen Belange“ angewandt werden.“

### SPD-Fraktion: Hallenbades Frankenhof darf in der „Spaßbad-Euphorie“ nicht untergehen.

die Besichtigung der Donautherme in Ingolstadt konnte die SPD Fraktion nicht davon überzeugen, dass das Hallenbad Frankenhof aufgegeben werden muss: „Dieses Bad bietet alles, was das Herz begehrt. Es kostet jedoch die Stadt Ingolstadt 30 Jahre lang jährlich 1,5 Millionen Euro Zuschuss an die private Betreibergesellschaft. Die Mindest-Eintrittspreise liegen zwischen 6,50 und 7,50 Euro pro Person“ erläutert Gisela Niclas, Fraktionsvorsitzende der SPD Erlanger Fraktion. Daher favorisiert die SPD-Fraktion den deutlich günstigeren Erhalt des Hallenbades Frankenhof.

Sollte die Stadtspitze das Ingolstädter Konzept verfolgen, müssen nach Meinung der SPD Fraktion folgenden Anforderungen von Anfang an Rechnung getragen werden:

- Die Eintrittspreise müssen erschwinglich bleiben,
- angemessene Zeiten für den Breiten-, Jugend-, Senioren- und Gesundheitssport, insbesondere das Schulschwimmen, müssen gewährleistet werden,
- der Bundesleistungssportstützpunkt „Schwimmen“ muss in Erlangen erhalten bleiben,
- die finanziellen Verpflichtungen und Risiken für die Stadt müssen detailliert offengelegt werden,
- alternative Finanzierungs- und Betreiberkonzepte in kommunaler Regie müssen geprüft und dargelegt werden
- die Sanierung des Hallenbades Frankenhof darf in der „Spaßbad-Euphorie“ nicht untergehen.

Die SPD Stadtratsfraktion unterstützt die Bürgerinitiative zur Rettung des Hallenbads Frankenhof.



# Einladung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8.März laden wir auch in diesem Jahr wieder ein zum

## Frauenempfang

am **Sonntag, 14. März 2004 von 11.00 bis 13.00 Uhr**  
im **Kosbacher Stadl , Erlangen-Kosbach, Reitersbergstr.21**

Das Thema

### „Kopftuchverbot für Lehrerinnen an Staatlichen Schulen“

wird außerordentlich kontrovers diskutiert. Einige Bundesländer wollen hierzu ein Gesetz erlassen. Aus diesem Grund möchten auch wir uns mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Wir haben dazu eingeladen

#### **Monica Lochner-Fischer, MdL**

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bayern und

**Mitra Sharifi**, Vorsitzende der AG der Ausländerbeiräte in Bayern

Im Anschluss an die Referate besteht die Möglichkeit zur allgemeinen Diskussion.

Wir würden uns freuen, wenn wir Euch auch in diesem Jahr wieder zu unserem traditionellen Frauenempfang begrüßen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Heide Mattischeck  
Stellv.Unterbezirkvorsitzende

Barbara Pfister  
ASF-Unterbezirkvorsitzende

Ursula Lanig  
Stellv.Kreisvorsitzende Erlangen

Rosemarie Schmitt  
Stellv.Kreisvorsitzende Erlangen-Höchstadt

Gisela Niclas  
Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion

Melitta Schön  
1.Bürgermeisterin Heroldsberg

Zur besseren Organisation bitten wir um Rückmeldung mit beiliegendem Fax oder  
Telefonisch unter 09131-8126511 oder per mail: [Jutta.Ledertheil@spd.de](mailto:Jutta.Ledertheil@spd.de)



**SPD**